Stand: 13.09.2026 14:13:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/13087

"Sofortprogramm „Bayern günstiger und sicherer ans Netz“ - Kostentreibenden Zwangsausbau begrenzen, grundlastfähige Kraftwerksleistung reaktivieren und technologieoffenen Energiemix wiederherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/13087 vom 22.07.2026
2. Beschluss des Plenums 19/13114 vom 23.07.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 23.07.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.07.2026 **Drucksache** 19/**13087**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Richard Graupner, Gerd Mannes, Johannes Meier, Benjamin Nolte, Andreas Winhart, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Sofortprogramm „Bayern günstiger und sicherer ans Netz" – Kostentreibenden Zwangsausbau begrenzen, grundlastfähige Kraftwerksleistung reaktivieren und technologieoffenen Energiemix wiederherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein ressortübergreifendes Sofortprogramm „Bayern günstiger und sicherer ans Netz" aufzulegen, mit dem die bayerische Energieversorgung wieder vorrangig an Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Netzstabilität, Technologieoffenheit und Umweltverträglichkeit ausgerichtet wird.

Der weitere Ausbau der Stromnetze soll auf die Maßnahmen begrenzt werden, die für die Versorgungssicherheit, die Modernisierung bestehender Netze und konkrete wirtschaftliche Ansiedlungen tatsächlich erforderlich sind.

Hierzu wird die Staatsregierung aufgefordert,

- die in Bayern geplanten Stromnetz-, Umspannwerks- und Netzanschlussvorhaben daraufhin zu überprüfen, welche Maßnahmen auch bei einem höheren Anteil verbrauchsnaher, grundlastfähiger und regelbarer Stromerzeugung notwendig wären und welche Kosten ausschließlich oder überwiegend durch den politisch erzwungenen Ausbau wetterabhängiger Stromerzeugung entstehen,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
  - der gesetzlich erzwungene Ausbau volatiler Stromerzeugung beendet und durch einen technologieoffenen Ordnungsrahmen ersetzt wird,
  - die rechtlichen Voraussetzungen für die Wiederinbetriebnahme geeigneter Kernkraftwerke geschaffen und die Reaktivierung beziehungsweise der Wiederaufbau der bayerischen Kernreaktoren Isar 2, Gundremmingen B, Gundremmingen C und Grafenrheinfeld unverzüglich technisch, atomrechtlich und wirtschaftlich geprüft wird,
  - der Kohleausstieg aufgehoben, eine sichere und diversifizierte Erdgasversorgung gewährleistet und der Neubau regelbarer Kraftwerke ermöglicht wird,
  - die nationale CO_2-Bepreisung aufgehoben und auf europäischer Ebene auf eine Rücknahme verteuernder CO_2-Bepreisungs- und Dekarbonisierungsvorgaben hingewirkt wird, im eigenen Zuständigkeitsbereich die Potenziale der Wasserkraft, der Biogaseinspeisung und der flexiblen Verstromung von Biogas zu erschließen sowie Forschung, Ausbildung und industrielle Wertschöpfung im Bereich der Kerntechnik auszubauen,
- dem Landtag innerhalb von sechs Monaten einen Kostenvergleich zwischen
  - dem Netzausbau- und Systemkostenbedarf der gegenwärtigen Energiewendepolitik und

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– einem technologieoffenen Energiemix einschließlich der Reaktivierung der vier bayerischen Kernreaktoren

vorzulegen und dabei insbesondere die Auswirkungen auf Strompreise, Netzentgelte, Versorgungssicherheit, gesicherte Leistung und industrielle Wettbewerbsfähigkeit darzustellen.

Begründung:

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER fordert unter der Bezeichnung „Sofortprogramm ‚Bayern schneller ans Netz'" die beschleunigte Modernisierung und Verstärkung bestehender Leitungen und Umspannwerke sowie den Bau zusätzlicher Netzinfrastruktur. Damit werden lediglich die kostspieligen Folgeprobleme einer verfehlten Energiepolitik verwaltet, anstatt deren Ursachen zu korrigieren.

Eine weitere Verteuerung der Energieversorgung ist wirtschaftlich und sozial nicht tragbar. Der „Global Wealth Report 2026" der UBS beziffert das Medianvermögen in Deutschland für 2025 auf umgerechnet rund 47.300 Euro je Erwachsenen. Unter Zugrundelegung des inflationsbereinigten Rückgangs um 19,87 Prozent seit 2020 sank es innerhalb von fünf Jahren von rund 59.100 Euro um etwa 11.700 Euro. Gleichzeitig lag der durchschnittliche Haushaltsstrompreis nach Angaben der Bundesnetzagentur im Jahr 2025 bei rund 43 Cent je Kilowattstunde. Deutschland gehörte damit nach der Erhebung von GlobalPetrolPrices zu den fünf Staaten mit den höchsten Haushaltsstrompreisen weltweit.

Die Gesamtkosten der Energiewende übersteigen die Belastbarkeit von Bürgern und Wirtschaft. PricewaterhouseCoopers bezifferte den erforderlichen Investitionsbedarf bis 2045 auf insgesamt rund 13,2 Bio. Euro beziehungsweise durchschnittlich rund 600 Mrd. Euro pro Jahr.

Allein für den bundesweiten Stromnetzausbau bis 2045 ermittelte eine Untersuchung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln einen Investitionsbedarf von rund 732 Mrd. Euro. Davon entfallen rund 431 Mrd. Euro auf die Verteilnetze und rund 301 Mrd. Euro auf die Übertragungsnetze. Die Netzentgelte der privaten Haushalte könnten dadurch gegenüber 2023 um rund 18 Cent je Kilowattstunde steigen und sich mehr als verdoppeln.

Hinzu kommen fortlaufende Kosten zur Stabilisierung des Stromsystems. Nach Angaben der Bundesnetzagentur stiegen die Kosten der Netzengpassmanagementmaßnahmen von rund 200 Millionen Euro im Jahr 2014 auf rund 3,1 Mrd. Euro im Jahr 2025. Diese Kosten werden über die Netzentgelte von Haushalten und Unternehmen getragen.

Auch in Bayern erreichen die Investitionen eine erhebliche Größenordnung. Nach Angaben der Bayernwerk Netz GmbH beläuft sich das Investitionsvolumen für den Ausbau, die Modernisierung und die Digitalisierung des bayerischen Verteilnetzes in den Jahren 2024 bis 2030 auf rund 15,1 Mrd. Euro. Für SuedLink werden nach der Antwort der Bundesregierung auf die Bundestagsdrucksache 21/2519 weitere Plankosten von rund 13,6 Mrd. Euro angegeben. Die öffentlich ausgewiesenen Investitions- und Projektvolumina mit unmittelbarem Bayernbezug erreichen damit eine Größenordnung von insgesamt rund 28,7 Mrd. Euro, wobei mögliche Abgrenzungs- und Überschneidungseffekte zu berücksichtigen sind.

Der Netzausbau verursacht zudem erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft. Nach der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/3018 wurden zwischen 2013 und 2023 für Stromleitungen in Bayern rund 171 Hektar Wald gerodet. Die Schutzstreifen von SuedLink und SuedOstLink umfassen zusammen überschlägig rund 2 486 Hektar beziehungsweise eine Fläche von etwa 3 500 Fußballfeldern.

Diesen Kosten steht eine wesentlich günstigere Möglichkeit gegenüber: Die Radiant Energy Group veranschlagt die Reaktivierung beziehungsweise den Wiederaufbau von Isar 2, Gundremmingen B, Gundremmingen C und Grafenrheinfeld auf rund 10,1 Mrd. Euro. Die vier Reaktoren könnten zusammen rund 5,4 Gigawatt regelbare Leistung und jährlich etwa 42,7 Terawattstunden Strom bereitstellen. Dem steht in

Bayern ein öffentlich ausgewiesenes Investitions- und Projektvolumen allein für Bayernwerk und SuedLink von rund 28,7 Mrd. Euro gegenüber. Die Reaktivierung wäre damit rechnerisch rund 18,6 Mrd. Euro beziehungsweise 64,8 Prozent günstiger.

Auf Bundesebene beziffert die Radiant Energy Group die Reaktivierung beziehungsweise den Wiederaufbau von 14 deutschen Kernreaktoren mit zusammen rund 18,7 Gigawatt Leistung auf etwa 39,3 Mrd. Euro. Diese könnten jährlich rund 147 bis 150 Terawattstunden regelbaren Strom erzeugen. Den Reaktivierungskosten stehen geschätzte Netzausbaukosten von rund 732 Mrd. Euro bis 2045 gegenüber. Die Reaktivierung wäre damit rund 692,7 Mrd. Euro beziehungsweise 94,6 Prozent günstiger; die Netzausbaukosten sind etwa 18,6-mal so hoch.

Auch ein technologieoffenes Energiesystem benötigt leistungsfähige und moderne Stromnetze. Verbrauchsnahe, regelbare und grundlastfähige Kraftwerke können jedoch den zusätzlichen Ferntransportbedarf, Netzengpässe, Redispatchkosten und den Bedarf an Reserveleistung erheblich reduzieren. Bayern benötigt deshalb keinen immer weiter beschleunigten Zwangsausbau volatiler Stromerzeugung und der hierfür erforderlichen Netzinfrastruktur, sondern einen technologieoffenen Energiemix aus Kernkraft, Kohle- und Gaskraftwerken, Wasserkraft, Biogas sowie wirtschaftlich und netztechnisch vertretbarer Wind- und Solarenergie. Bayern muss nicht um jeden Preis schneller an ein immer teureres Energiesystem angeschlossen, sondern günstiger, sicherer und wirtschaftsfreundlicher mit Energie versorgt werden.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 23.07.2026 **Drucksache** 19/**13114**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Richard Graupner, Gerd Mannes, Johannes Meier, Benjamin Nolte, Andreas Winhart, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/**13087**

Sofortprogramm „Bayern günstiger und sicherer ans Netz“ – Kostentreibenden Zwangsausbau begrenzen, grundlastfähige Kraftwerksleistung reaktivieren und technologieoffenen Energiemix wiederherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Walter Nussel
Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Martin Böhm
Abg. Florian Köhler
Abg. Florian von Brunn
Abg. Roland Weigert
Abg. Josef Lausch

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sofortprogramm "Bayern schneller ans Netz" - Umspannwerke, Verteilnetze und Netzanschlüsse innerhalb eines Jahres spürbar beschleunigen (Drs. 19/12973)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)
Sofortprogramm "Bayern günstiger und sicherer ans Netz" - Kostentreibenden Zwangsausbau begrenzen, grundlastfähige Kraftwerksleistung reaktivieren und technologieoffenen Energiemix wiederherstellen (Drs. 19/13087)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Walter Nussel für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Walter Nussel (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Wir haben einen Antrag gestellt, den ich unter die Überschrift "Grundversorgung der Bevölkerung" setzen möchte. Höher, schneller, weiter war gestern.

Worum geht es? – Wir müssen die Grundversorgung in verschiedensten Bereichen massiv fördern und nach vorne bringen. Bei der Energie, vor allem beim Strom, geht es dabei um die Thematik, die Netze stabil zu machen. Wir müssen Umspannwerke bauen. Die Bundesnetzagentur hat uns kürzlich mitgeteilt, dass wir in Bayern 500 Umspannwerke mit einer Größe von 1,5 Hektar und 34 Umspannwerke mit einer Größe von 25 Hektar benötigen. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, indem wir monatelang diskutieren. Unabdingbar ist: Wenn wir dem Klimawandel entgegentreten wollen und müssen, dann müssen wir die Netze stabil ausrichten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das muss sofort passieren: Deshalb ein Sofortprogramm. Die Staatsregierung hat die Weichen dementsprechend ressortübergreifend – das ist ganz wichtig – zu stellen. Themen aus den verschiedenen Ministerien sollen so in das Sofortprogramm eingebracht werden, dass die Dinge auch sehr schnell, unkompliziert und unbürokratisch umgesetzt werden können.

Wir haben große Netzbetreiber; wir haben aber auch 330 regionale Netzbetreiber. Auch für diese muss gelten, dass der regionale Netzbetreiber sein Netz sehr schnell ertüchtigen und ausbauen kann, um für Stabilität zu sorgen.

Wir haben im Moment und bei dem Wetter auch die Situation, dass wir durch Sonne und durch Wind zu viel Strom haben. Auch das muss das Netz aushalten und bewältigen können. Deswegen müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit wir die Netze stabil halten können und damit wir vor allem, wenn Anfragen kommen – und diese sind da –, hier in Bayern auch Rechenzentren ansiedeln können. Es geht nicht, dass wir das erst in zwölf Jahren machen. Wir müssen hier sofort handeln. Wenn Anfragen kommen – ob das Rechenzentren sind oder andere Industriezweige, der Mittelstand oder das Gewerbe –, müssen wir stabile Netze haben. Deswegen bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag.

Den Antrag der AfD werden wir ablehnen; denn mit dem, was darin gefordert wird, würden wir zurückfallen. Ich weiß gar nicht, wie ausführlich ich das begründen soll, wenn man das noch nicht verstanden hat. Wenn Kernkraftwerke so weit zurückgebaut sind, kann man sie nicht mehr hochfahren. Das geht nicht.

Wir haben in unserem Land eine funktionierende Infrastruktur. Diese müssen wir sehr schnell stabil machen, damit wir unserer Bevölkerung sagen können, wir tragen für die Energiegrundversorgung und den Netzausbau Sorge.

Wichtig ist, dass in dem Sofortprogramm auch wiederkehrende, fachlich zu klärende Fragen berücksichtigt werden, damit nicht bei jeder Einzelmaßnahme, bei jedem kleinen Umspannwerk – 500 müssen gebaut werden – wieder alles von Neuem betrachtet werden muss.

(Beifall bei der CSU)

Letztendlich muss das in der Gesamtheit von der Staatsregierung bis hinauf zum Bund auch digital genutzt werden.

Das Sofortprogramm soll auch den Bund zur Schaffung von Möglichkeiten animieren, das sehr schnell umzusetzen, damit das schnell ins Laufen kommt und wirken kann.

Ich bitte um Unterstützung unseres Antrags und um Ablehnung des AfD-Antrags.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste stammt vom Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Kollege Nussel, du hast jetzt gesagt, beim Netzausbau muss bis hinauf zum Bund mehr passieren. Letzten Freitag hat Katherina Reiche ihr Netzpaket vorgestellt. Es wird landauf, landab kritisiert, weil die Möglichkeiten der Netzbetreiber, sich zurückzulehnen und weniger zu machen, massiv ausgeweitet werden. Strafzahlungen sind nicht vorgesehen. Die Branche nennt viele, viele Punkte, bei denen es wirklich in die falsche Richtung geht.

Ich verstehe deine Rede, die ich so auch unterschreiben kann, in die Richtung, dass ihr euch als CSU dafür einsetzt, dass dieses Netzpaket relevant geändert wird; denn so, wie es jetzt steht, geht es wirklich in die falsche Richtung.

Deswegen die konkrete Frage an dich: Weshalb hat die CSU im Bund bisher diesbezüglich nichts getan? Was werdet ihr tun, dass dieses Netzpaket, wenn man dich heute beim Wort nimmt, so nicht kommt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Walter Nussel (CSU): Ich habe heute nicht zum Netzpaket gesprochen. Ich habe zu unserem Antrag gesprochen.

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut! Richtig!)

Man kann mir hier nicht das Wort im Mund umdrehen. Das lasse ich auch nicht gelten, Herr Kollege Stümpfig.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen unsere Hausaufgaben. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, und dafür werben wir. Das eine oder andere kann man nachkorrigieren. Mein Anliegen ist, dass wir alles tun, um die Grundversorgung im Freistaat aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Böhm.

Martin Böhm (AfD): Herzlichen Dank für das Wort, Frau Präsidentin! Der anwesende Ministerpräsident sieht bei dieser Debatte heute ganz genau, welche fatalen Folgen der Ausstieg aus der Kernenergie hat. Das ist nämlich der eigentliche Grund, warum in dieser großen Masse Umspannwerke gebaut werden müssen. Früher hat Bayern seinen Strom direkt dort produziert, wo die Wirtschaft geboomt hat – heute boomt sie nicht mehr –, heute kommt irgendwelcher Flatterstrom aus dem Norden nach Bayern.

Ich war selbst erst letzte Woche beim Treffen mit TenneT, mit unserem Landrat, mit vielen Bürgermeistern aus unserem Landkreis. TenneT baut im Fränkischen Umspannwerke am Ortsrand von Bauerndörfern, nur um zwei Kilometer Netzstrecke einzusparen. Es wäre der Auftrag der Bayerischen Staatsregierung, solchen Dingen einen Riegel vorzuschieben und dafür zu sorgen, dass zumindest Bauerndörfer und Wohngebiete von solchen Umspannwerken verschont werden, wenn der Bau schon notwendig ist.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Nussel, bitte.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Böhm, Sie haben meine Rede nicht verstanden, wenn es um die Grundversorgung geht, und Sie haben nicht verstanden, wie wir Netzstabilisierung verstehen. Näher möchte ich auf Ihre Wortmeldung gar nicht eingehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die AfD-Fraktion der Kollege Florian Köhler.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sie nennen Ihren Antrag "Bayern schneller ans Netz". Liebe CSU, liebe FREIEN WÄHLER, das ist ein treffender Titel, nur leider nicht in dem Sinne, den Sie meinen. Sie wollen Bayern nicht schneller an eine sichere Versorgung anschließen, Sie wollen Bayern schneller in die immer höheren Folgekosten Ihrer Energiewende treiben – und das in einem Land, das sich das schon längst nicht mehr leisten kann.

Schauen wir uns Ihre Forderungen an, was Sie so in Ihrem Antrag stehen haben: neue Leitungen, neue Umspannwerke, Netzkuppelstellen, bis zu sechs priorisierte Vorhaben pro Regierungsbezirk, Projektmanager und neue Clearingstellen. Da wundert es mich, dass Kollege Vogel bei so vielen neuen Stellen, die hier geschaffen werden sollen, noch nicht im Dreieck springt – alles, damit die Energiewende weiter vorangebracht wird. Sie behandeln nicht die Krankheit, Sie verabreichen dem Patienten nur immer teurere Schmerzmittel.

Zuerst schalten Sie zuverlässige Kraftwerke ab und bauen massenhaft wetterabhängige Anlagen zu. Dann staunen Sie, dass das Netz nicht mehr mithält, und fordern für Milliarden Euro neue Infrastruktur, um die selbst erzeugten Schwankungen und

Engpässe irgendwie zu beherrschen. Das ist keine Energiepolitik, das ist teure Reparaturverwaltung eines Systems, das Sie selbst kaputt gemacht haben.

(Beifall bei der AfD)

Und wer zahlt die Rechnung. Der Bürger zahlt die Rechnung. Der "Global Wealth Report 2026" der UBS sagt ganz klar, das Medianvermögen in Deutschland lag 2025 bei gerade einmal 47.300 Euro je Erwachsenem. Real und inflationsbereinigt bedeutet das, dass wir 11.700 Euro weniger in der Tasche haben als noch 2020. In genau dieser Situation wollen Sie die nächste kostentreibende Ausbaurunde starten. Bezahlt wird das über steigende Netzentgelte, über Steuern, über Schulden und, wenn Sie beim Kollegen Merz nachfragen, vielleicht auch über Sondervermögen. Am Ende zahlt einer, nämlich der Bürger.

Die Bundesnetzagentur beziffert die Kosten für das Netzengpassmanagement 2025 auf 3,1 Milliarden Euro. 2014 waren das noch 200 Millionen Euro; das hat sich in elf Jahren verfünfzehnfacht. Tut mir leid, da von einer erfolgreichen Energiewende zu sprechen oder sich bei Ihrer Symptombehandlung hier überhaupt zu trauen, so einen Antrag zu stellen, ist blamabel; das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der AfD)

Für den Winter 2025/2026 müssen wir weitere 6.493 Megawatt Netzreserve vorhalten, davon über 1.300 Megawatt aus dem Ausland. Sie wollen digital souverän werden, schaffen es aber nicht einmal, für Energiesouveränität zu sorgen, weil wir keine grundlastfähigen Kraftwerke in dem Sinne mehr haben. Das ist keine souveräne Energieversorgung, was Sie hier betreiben, das ist dauerhafte kostspielige Krisenverwaltung.

Jetzt die harten Zahlen: Das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln schätzt die bundesweiten Investitionskosten für den Stromnetzausbau bis 2045 auf 732 Milliarden Euro. Allein in Bayern plant das Bayernwerk bis 2030 15,1 Milliarden

Euro für sein Verteilnetz. SuedLink schlägt mit weiteren 13,6 Milliarden Euro zu Buche, zusammen also schon 28,7 Milliarden Euro mit unmittelbarem Bayernbezug.

Was bietet die Radiant Energy Group demgegenüber? Das konnte man kürzlich in der Presse lesen: die Reaktivierung der vier bayerischen Kernreaktoren Isar 2, Gundremmingen B, Gundremmingen C und Grafenrheinfeld für 10,1 Milliarden Euro. Dafür bekämen wir 5,4 Gigawatt regelbare Leistung und 42,7 Terawattstunden Strom im Jahr: wetterunabhängig, grundlastfähig, planbar. Das ist rechnerisch 18,6 Milliarden Euro günstiger, oder, wenn Sie es prozentual haben wollen, 65 %. Wenn man das Ganze auf die Bundesebene überträgt, ist der Unterschied noch krasser: Man zahlt 39,3 Milliarden Euro für 14 Reaktoren gegenüber 732 Milliarden Euro Netzausbau. Unsere Vorschläge sind um 95 % billiger, und Ihrer ist 18,6-mal so teuer.

(Beifall bei der AfD)

Das ist noch nicht alles: Zwischen 2013 und 2023 wurden in Bayern bereits 171 Hektar Wald für Stromleitungen gerodet, 240 Fußballfelder. Die Schutzstreifen von SuedLink und SuedOstLink umfassen zusammen 2.486 Hektar, also rund 3.500 Fußballfelder. Die Bürger wehren sich zu Recht gegen diesen Eingriff in ihre Heimat. Ihre Antwort darauf kann man heute lesen: noch mehr Beschleunigung, noch mehr Projektmanager und noch mehr Clearingstellen. Mehr Verwaltung macht eine wirtschaftlich falsche Entscheidung einfach nicht richtig.

(Beifall bei der AfD)

Unser Antrag setzt genau hier an: Wir wollen den Netzausbau auf das technisch, wirtschaftlich und versorgungspolitisch notwendige Maß begrenzen. Wir fordern Technologieoffenheit, Kernkraft, sichere Gaslieferungen, moderne Kohlekraftwerke, Wasserkraft, flexibles Biogas und erneuerbare Energien eben dort, wo sie sich rechnen und dem Netz nicht schaden. Verbrauchsnahe, regelbare Kraftwerke reduzieren den Bedarf an gigantischem Ferntransport, an Redispatch und teurer Reserve. Deshalb müssen die vier bayerischen Kernreaktoren unverzüglich wieder in Betrieb genommen

oder wiederaufgebaut werden, zumindest muss man das einmal überprüfen. Die Zahlen der Radiant Energy Group zeigen, das ist technisch planbar und wirtschaftlich darstellbar.

Wir lehnen Ihren Antrag also ab, weil er die Milliardenkosten der Energiewende weiter beschleunigt, ohne die Ursachen zu beseitigen. Bayern braucht kein "schneller ans Netz", kein immer teureres, komplizierteres und störanfälligeres System. Bayern braucht bezahlbaren Strom, gesicherte Kraftwerksleistung und stabile Netze. Deshalb lautet die richtige Antwort nicht "Bayern schneller ans Netz"; die richtige Antwort lautet: "Bayern günstiger und sicherer ans Netz durch Kernkraft, Technologieoffenheit und energiepolitische Vernunft." Hören Sie auf, die Bürger für Ihre ideologischen Experimente zur Kasse zu bitten. Stellen Sie die Vernunft wieder her, und stimmen Sie unserem Nachzieher zu.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Auch hier gibt es zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung; die erste kommt vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Köhler, ich habe mir die Mühe gemacht, Ihren Antrag genauer anzuschauen.

(Zuruf von der AfD: Ui!)

Ich weiß nicht, ob Sie wieder Bullshit-GPT verwendet haben, ob Sie uns einfach anlügen wollen oder ob Sie irgendetwas einwerfen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Die Studie, die Sie hier immer zitieren, mit den angeblich so hohen Kosten der Energiewende von PricewaterhouseCoopers, heißt: Investitionen in den Klimaschutz lohnen sich, auch ökonomisch. Die Beibehaltung der alten Strukturen wird sogar 100 Milliarden Euro teurer. Ihre Radiance-Studie wurde von dubiosen Kernkraftbefürwortern erstellt. Ich weiß gar nicht, ob Sie wissen, dass in Grafenrheinfeld inzwischen die Kühltürme weggesprengt worden sind.

Alle Zahlen, die Sie hier vorlegen, sind falsch. Sie zitieren die Netzausbaukosten falsch, weil Sie den höchsten Wert zugrunde legen und nicht berücksichtigen, dass man erhebliche Kosten sparen kann. Meine Schlussfolgerung ist also: Sie betreiben wieder ein falsches Spiel mit Fake News und falschen Fakten, um die Öffentlichkeit anzulügen und Ihre dubiosen politischen Ziele zu verfolgen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Kollege.

Florian Köhler (AfD): Nein, Herr von Brunn, definitiv nicht. Ich kann Ihnen auch sagen, warum: Ein Kraftwerk steht weitaus länger als zwanzig Jahre. In den Vereinigten Staaten bekommen Kraftwerke eben auch einen Weiterbetrieb genehmigt. Da laufen die Genehmigungen der Kernkraftwerke sogar bis zu achtzig Jahre, wenn sie ans Laufzeitende kommen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Achtzig Jahre sind Wahnsinn!)

Dagegen ist Ihre Energiewende, wenn Sie alle zwanzig Jahre wieder ein Windrad abbauen und neu aufbauen müssen, schlicht und ergreifend falsch. Es kann nicht sein, dass man diese Investitionskosten, die Sie erst verursacht haben – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es kann nicht sein, dass Sie uns das jetzt vorwerfen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Mir ist jedes Kraftwerk lieber, weil am Ende des Tages ein Kraftwerk 400, 800 oder 1.000 Jobs schafft. Ein Windrad schafft keinen einzigen Arbeitsplatz.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Frage kommt vom Kollegen Roland Weigert.

(Unruhe)

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Köhler, Sie haben vorher von Wohlstandsverlust, von Wohlfahrtsverlust für Bayern, für bayerische Familien gesprochen. Wo die Wohlfahrt herkommt, wissen wir:

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

insbesondere aus der europäischen Wirtschaftspolitik. Ich will nur daran erinnern, dass Sie gegen den Euro und auch gegen die Europäische Union sind. Insofern ist Ihre Kritik unglaubwürdig.

Sie können jetzt Glaubwürdigkeit herstellen, Herr Kollege Köhler, wenn Sie mir eine Frage beantworten. Sie sind jetzt also der große Befürworter der Atomkraftwerke. Der Meinung kann man sein. Ich bin es nicht.Aber wenn Sie der große Befürworter der Atomkraft sind, dann frage ich Sie: Haben Sie in Ihrer Heimat Bamberg – Sie sind Oberfranke, Bamberger, richtig? – denn schon den Antrag für ein oberfränkisches Atommüllendlager gestellt

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

oder würden Sie bei Eignung ein entsprechendes Endlager

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): in Bamberg befürworten?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Sie brauchen das nur mit Ja oder Nein zu beantworten.

(Zurufe von der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Gut. – Herr Kollege Köhler.

(Unruhe)

Wenn alle ein bisschen ruhiger sind, dann kann man die Frage und auch die Antwort verstehen. Bitte, Herr Köhler.

Florian Köhler (AfD): Danke schön. – Herr Kollege Weigert, nicht nur ich bin für die Kernkraft, sondern auch der Herr Ministerpräsident ist für die Kernkraft.

Das zum Ersten.

(Beifall bei der AfD)

Das Zweite ist, Herr Kollege Weigert: Ich habe das schon mal gesagt, ich sage das auch gerne, und ich sage das auch bei unseren Veranstaltungen bei uns in Bamberg: Ich hätte überhaupt kein Problem, sogar mit einem Kernkraftwerk bei uns im Landkreis Bamberg.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Endlager!)

– Ja, Moment, ich komme gleich aufs Endlager. – Das wurde sogar zu Zeiten von Franz Josef Strauß mal bei Viereth-Trunstadt geprüft, aber nicht genehmigt.

Zum anderen: Sie haben das Atommüllendlager angesprochen. Wissen Sie, wenn wir die Bodenbeschaffenheit hätten, hätte ich damit grundsätzlich auch kein Problem. Ich sehe das als Wertstoff, nicht als Reststoff, im Gegensatz zu Ihnen.

Das Nächste ist: Hinsichtlich Atommüllendlager – –

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Psst!

Florian Köhler (AfD): Entschuldigung, könnten Sie einfach mal ruhig sein?

(Widerspruch beim Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Präsidentin Ilse Aigner: Doch, Herr Kollege!

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich habe jetzt mehrfach gebeten, etwas ruhiger zu sein. Denn man muss ja die Frage und die Antwort verstehen können.

(Zurufe)

Ganz ruhig, alle mal etwas runterkommen!

Florian Köhler (AfD): Danke. – Jetzt noch ein Gedanke zum Atommüllendlager: Wissen Sie, wir in Deutschland prüfen seit Jahrzehnten ein Atommüllendlager.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Nicht ausweichen!)

Die Niederlande haben es geschafft, eines zu erstellen. Ich bilde mir ein, Norwegen oder Schweden waren es, die es geschafft haben.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Sie weichen aus!)

Wir gründen einfach nur Behörden,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Florian Köhler (AfD): wir haben es doch noch nie geschafft – –

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Ja oder Nein?)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege! Schluss, Schlusswort!

Florian Köhler (AfD): Ja. – Wir haben es noch nie geschafft, ein eigenes Atommüllendlager wirklich ernsthaft anzugehen. Das ist das Problem.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Ja oder Nein?)

– Ich habe damit kein Problem.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: So. Jetzt brauchen wir hier ein paar Kühltürme, sozusagen.

Jetzt haben wir als nächsten Redner den Kollegen Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat am vergangenen Freitag das Netzpaket beschlossen. In der Bundesregierung sind die CSU, die CDU und die SPD.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In diesem Netzpaket von Katherina Reiche sind kapazitätslimitierte Engpassgebiete vorgesehen. Das würde auf große Teile von Bayern zutreffen: Wenn 5 % abgeregelt wird, muss sechs Jahre lang nichts mehr beim Netzausbau passieren. CSU und FREIE WÄHLER legen heute ein Sofortprogramm vor, das in massivem Widerspruch dazu steht. Denn in dem Netzpaket stehen massive Einschränkungen. Das ist ein Netzpaket für die Netzbetreiber. Darin stehen 70 % Wirkleistungsbegrenzung, mehr Spielraum für die Netzbetreiber, keine Fristen für den Netzausbau, keine Überbauung, keine Klausel für die Grünstromspeicher, keine Transparenz, keine wirtschaftlichen Nachteile, wenn die Netzbetreiber dem Netzausbau nicht nachkommen, und höhere Baukostenzuschüsse. – All das wurde am Freitag auf den Weg gebracht.

Bei all dem ist Ministerpräsident Söder mit am Tisch, und Sie stellen hier heute den Antrag auf ein Sofortprogramm. Ja, ist das denn ein Treppenwitz oder meinen Sie das wirklich ernst?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann es nicht verstehen, Herr Ministerpräsident Söder, wie Sie – – Wir sind in Bayern das Sonnenland. Wenn das kommt, wird es im Sonnenland Bayern dunkel, und Sie machen da mit. Wir hören überhaupt nichts von der CSU, wo sie denn hier

in der Bundesregierung tätig wird, damit Frau Katherina Reiche, die maßgeblich von der fossilen Lobby gesteuert wird, hier mal das Handwerk gelegt wird. Dazu hören wir überhaupt nichts. Die ganzen Punkte, die ich aufgelistet habe, sind wirklich wie eine Axt im Wald.

Deine Antwort, lieber Kollege Nussel, ist da wirklich sehr, sehr schwach, muss ich sagen. Du sagst, wir machen die Hausaufgaben in Bayern.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist unser Auftrag! Sehen Sie mal da vorne hin, dort steht "Bayerischer Landtag"!)

Ja, was steht denn in dem Antrag drin? – In dem Antrag steht drin: Die Staatsregierung soll auf die Netzbetreiber hinwirken, dass sie besonders wirksame Netzvorhaben identifizieren. – Wow! Das kann ich euch heute auch schon sagen, wo wir die Netzengpassgebiete haben. – Und es wird jeweils eine Person in den Regierungen benannt, die sich darum kümmern soll. Die wird also nicht einmal neu geschaffen; sie wird nur benannt. Schwächer geht es wirklich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Was haben wir als GRÜNE die letzten Jahre alles beantragt? – Wir haben zum Beispiel zu den neuen HGÜ-Leitungen gesagt, dass es kein Auf und Ab geben soll, sondern Freileitungsvorrang.

Ministerpräsident Söder hat sich hingestellt und gesagt: Dort, wo es passt, kann man Freileitungen machen. Aber wenn die Kommune dagegen ist, macht man halt Erdkabel. – Das ist maximal schädlich. Langsamer und teurer geht es nicht.

Wir haben 2025 einen Masterplan vorgelegt, in dem wir viele Punkte aufgelistet haben: 200 neue Stellen, Nachrüstung der Speicher, eine Task Force wollten wir einrichten – alles wurde abgelehnt. Sie hatten im bayerischen Wirtschaftsministerium 2021 eine Verteilnetzinitiative mit über 20 Maßnahmen. Von denen hören wir gar nichts mehr.

Sich heute hier hinzustellen und zu sagen, wir sind für ein Sofortprogramm, das ist wirklich mehr als lächerlich. Im Bund stehen Sie komplett auf der Bremse. Hier so zu tun, als ob Sie anschieben würden, das ist wirklich lächerlich. Ich kann nur sagen: Die CSU ist wirklich zum Bettvorleger der fossilen Lobby geworden. Etwas anderes ist das nicht. Stoppen Sie dieses Netzpaket!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu spät, Herr Köhler!

(Florian Köhler (AfD): Ah, schade!)

Sie können sich ja noch mal beim Herrn Kollegen von Brunn melden.

(Florian von Brunn (SPD): Bitte nicht!)

Jetzt hat nämlich der Herr Kollege von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, liebe Regierungsfraktionen! Die Situation mit dem Netzausbau im Freistaat ist wirklich katastrophal. Zwei Beispiele: Ein Landwirt im Landkreis Erding hat 1,5 Millionen Euro in eine Agri-PV-Anlage investiert. Monatelang kommt vom Bayernwerk kein Netzanschluss. Der Schaden ist fünfstellig. Ein Investor in Frotzersricht in der Oberpfalz hat 18 große Batteriespeicher gebaut. Neun Monate nach dem Antrag wartet er immer noch auf einen Anschluss. Das sind keine Einzelfälle.

Allein in Mittelfranken warten hunderte geplante Windräder auf eine Netzzusage. Selbst Energiespeicher stehen im Freistaat in einer langen Warteschlange, und was schon am Netz hängt, wird abgeregelt. Bayern ist spitze in dieser traurigen Statistik. Allein 2024 wurden hier 986 Gigawattstunden Solarstrom abgeregelt, weggeworfen. Das ist mit Abstand der Höchstwert aller Bundesländer.

Herr Aiwanger – Wo ist er denn eigentlich heute bei diesem Thema? – hat im April gesagt: Über 300 Windräder sind genehmigt und nicht gebaut. Ans Netz gegangen

sind 2025 nur 19 Windräder. Sie wollen 1.000 Windräder bis 2030. Verehrte Damen und Herren, in diesem Tempo braucht Bayern dafür mindestens vier Jahrzehnte.

Ihr Sofortprogramm ist auch nicht der erste Anlauf. Ich will es noch mal kurz in Erinnerung rufen: Seit Oktober 2021 läuft Hubert Aiwangers Verteilnetzinitiative. 2022 gab es eine Absichtserklärung mit der großen Ankündigung: Erneuerbare Energien schneller ins Netz! 2023 gab es ein Umsetzungskonzept. – Fünf Jahre, und bis heute keine Bilanz!

Wie viel Megawatt sind früher ans Netz gegangen? Wie viele Monate wurden eingespart? Können Sie das sagen, oder haben Sie es nie gemessen? Heute legen Sie noch mal ein Sofortprogramm vor, mit fast demselben Titel. Ist das nicht peinlich?

Ihr Antrag geht in die richtige Richtung, aber er ist so mickrig, dass er das Problem nicht löst. Allenfalls sechs Fälle pro Regierungsbezirk, kein zusätzlicher Euro, kein zusätzliches Personal, vor allem keine verbindlichen Meilensteine, kein messbares Ziel. – Das ist kein Sofortprogramm, das ist ein Bonsai-Antrag, mehr nicht, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir schlagen erstens vor: Netzanschlüsse überbauen. Wind, Sonne und Speicher speisen fast nie gleichzeitig voll ein. Zweitens schlagen wir vor, das Bestandsnetz auszureizen. Das Prinzip muss lauten: Netzoptimierung vor Verstärkung von Ausbau. So steht es auch im Energiewirtschaftsgesetz. Meine Fragen: Wo wird das in Bayern eingesetzt? Wie viel Megawatt hat das gebracht?

Machen Sie drittens das Ausbautempo transparent. Veröffentlichen Sie regelmäßig die Bearbeitungszeiten je Netzbetreiber. Am 10. Juli – das finde ich schon spannend – hat der Bundesrat genau das beschlossen: Flexible Netzanschlüsse als Pflicht, Vorrang für Überbauungsprojekte, Reservierungen, befristet und öffentlich. Herr Ministerpräsident, was hat Bayern gemacht? – Bayern hat dagegen gestimmt und wurde über-

stimmt. Elf Tage später kommen Sie mit diesem Sofortprogramm. Verehrte Damen und Herren, das ist richtig peinlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir lehnen diesen Antrag nicht ab. Was dort steht, ist nicht falsch. Aber es ist viel zu wenig. Deswegen enthalten wir uns.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für eine Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Köhler das Wort.

Florian Köhler (AfD): Herr von Brunn, Sie sind heute das erste Mal seit langer Zeit ohne irgendeinen Russlandbezug zu unserem Nachzieher ausgekommen. Das machen Sie regelmäßig bei unseren Anträgen. Gestern habe ich eine Schlagzeile vom NDR gelesen: Brennstäbe für russische Reaktortypen dürfen in Lingen in Niedersachsen, das rot-grün geführt wird, gebaut werden. Sie werfen uns regelmäßig vor, dass wir Kontakt zu Russen haben und uns für zuverlässige Gaslieferungen und dergleichen einsetzen. Gleichzeitig ist das völlig in Ordnung, wenn das rot-grüne Niedersachsen von Geschäften mit dem Kreml profitiert. Finden Sie das nicht doppelmoralisch?

Florian von Brunn (SPD): Ich halte erst einmal fest, dass Abgeordnete Ihrer Fraktion nach Russland gefahren sind und Putin dort lupenrein demokratische Wahlen attestiert haben. Wer das macht, sollte an dieser Stelle einfach ganz ruhig sein.

(Beifall bei der SPD)

Was hat das mit dem rot-grün regierten Niedersachsen zu tun, wenn irgendwo Brennstäbe aufbereitet werden? Wir waren als Erste für den Atomausstieg. Sie wollen diese gefährliche Technologie mit russischem Uran weiterbetreiben. Zeigen Sie nicht mit dem Finger auf andere, wenn die restlichen Finger auf Sie selbst zurückzeigen. Übri-

gens haben Sie genug Probleme, in Ihrer eigenen Partei aufzuräumen. Kümmern Sie sich einmal darum. Ich sage nur: Stadler und Co.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt spricht der Kollege Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, verehrte Bürgerinnen und Bürger auf den Zuhörerrängen! Ich möchte festhalten, dass der AfD-Landtagsabgeordnete Florian Köhler die Errichtung eines Kernkraftwerks im Landkreis der Stadt Bamberg fordert.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ein Atommüll-Endlager! – Zurufe von der AfD – Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Dazu ist alles gesagt. Eigentlich sollte dieser Dringlichkeitsantrag im Prinzip überflüssig sein. Das Grundübel dieses Antrags geht auf die Privatisierung der Netze vor zwei Dekaden zurück. Wäre dieser Fauxpas nicht passiert, wäre dieser Antrag nicht nötig. Dieser Antrag ist vergleichbar mit der Forderung, Bundesautobahnen mit bayerischem Steuergeld zu bauen. Das wäre genauso verkehrt, weil die Stoßrichtung zur Bundesnetzagentur gehen muss.

Wir in Bayern haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir befinden uns bei der Energiewende auf einem guten Weg. Die Bundesnetzagentur hätte es in der Hand, an dieser Stelle mehr Druck auszuüben. Die Bundesnetzagentur ist dem Bundeswirtschaftsministerium mit Frau Reiche unterstellt. An dieser Stelle muss das Bundeswirtschaftsministerium liefern. Ähnliches gilt für das in die Warteschleife gestellte EEG. Zwar liegt ein Referentenentwurf vor, über diesen wird jedoch nicht in Bayern entschieden. An dieser Stelle möchte ich unseren wirklich hochgeschätzten und hochverehrten Ministerpräsidenten Markus Söder zitieren: Bayern könnte es auch hier alleine schneller und besser.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der AfD: Oh!)

Ich bitte um Zustimmung.

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt vom Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Kollege Lausch, deine Kritik am Bundeswirtschaftsministerium war klar und deutlich. Du sagst, es müsse einfach mehr getan werden, damit dieses Netzpaket so nicht komme. Dann bitte ich um deine Meinung zu dem Redispatch-Vorbehalt. Ist es sinnvoll, das auszuweisen und weite Teile Bayerns vom Ausbau der erneuerbaren Energien abzuschalten? Müssen die Netzbetreiber weiterhin keine Strafzahlungen zahlen? Die zwei Fragen würden eigentlich schon reichen. Wärst du dafür, dass das eine nicht kommt, dafür aber die Strafzahlungen?

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Redispatch ist nicht ganz trivial und kostet uns wirklich viel Geld. Tatsächlich ist darüber nachzudenken, ob es in Bereichen, in denen aktuell das Netz nicht ausgebaut werden kann, sinnvoll ist, eine Bremse oder einen Stopp einzulegen, bis die Netze nachkommen. An einem sonnenreichen Tag ist die Schaltung zwangsmäßig programmiert.

Zur zweiten Frage: Tatsächlich müsste man an dieser Stelle über eine Strafzahlung durchaus nachdenken. Das ist aber Sache der Bundesnetzagentur.

Problematisch sind auch – täglich grüßt das Murmeltier – Bürgerbeschwerden über fehlerhafte Abrechnungen. Das wird bei Ihnen vielleicht genauso sein. Erst gestern Abend habe ich während des Plenums eine Anfrage von einem Biogasanlagenbetreiber bekommen, der eine Güllekleinanlage am 1. April in Betrieb genommen und Stand heute noch keinen Euro vom Bayernwerk erhalten hat. Das geht schnell an die Existenz.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Köhler hat sich zu einer zweiten Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian Köhler (AfD): Herr Lausch, ich muss Sie korrigieren. Ich habe das nicht gefordert. Ich habe gesagt, dass ich damit kein Problem habe. Das ist das Erste. Zweitens ist in sechs Jahrzehnten Kernkraft in Deutschland so wenig hochradioaktiver Müll entstanden, dass man daraus einen Würfel mit 30 Meter Kantenlänge formen könnte. Ein Kernkraftwerk braucht im Gegensatz zu einem Kohlekraftwerk alle 12 bis 18 Monate einen Lastwagen Uran. Ein Kohlekraftwerk mit derselben Leistungsfähigkeit braucht jeden Tag einen zwei Kilometer langen Güterzug Kohle, ganz zu schweigen von Gaskraftwerken.

Man sollte sich anschauen, wie europäische Nachbarn mit der Strahlung und dem Endlager umgehen. Castor-Behälter schirmen die Strahlung ab. Finnland hat kürzlich sein Endlager Onkalo eröffnet. Die Niederlande lagern ihren Atommüll sogar oberirdisch. Dazu kann man sogar Kunstausstellungen besuchen. Das kann ich an dieser Stelle nur empfehlen. Deutschland hat letzten Endes nur eine Behörde mit 400 Mitarbeitern.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Florian Köhler (AfD): Warum sträuben sich die FREIEN WÄHLER, Recycling statt Endlager anzugehen?

Präsidentin Ilse Aigner: Das ist eine lange Frage. Jetzt ist Herr Kollege Lausch dran.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Ich habe jetzt schon einen trockenen Mund, weil Ihre Frage so lang war. Ich habe mich stark konzentrieren müssen.

(Zurufe von der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Lausch, jetzt haben Sie das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Können Sie mir die Halbwertszeit dieses strahlenden Atommülls nennen?

(Florian Köhler (AfD): Recycling!)

Wir reden hier von Hundertausenden Jahren. Auch bei Recycling besteht eine hohe Gefährdungslage für die Bevölkerung. Wir sind eine Heimatpartei. Wir wollen nicht, dass in einem Umkreis von hundert Kilometern die Landschaft verstrahlt wird. Sie möchten als Patrioten dastehen. Wer ist ein Patriot, der sein Land verstrahlen möchte? – Wir FREIEN WÄHLER nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/12973 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! – Das sind erwartungsgemäß die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – AfD-Fraktion. Enthaltungen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Damit ist der Antrag angenommen.

Dann kommen wir zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/13087. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle weiteren vier Fraktionen. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.